

256

Kopie für: Herrn Minister Z e h n d e r  
 Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten  
 des Eidg. Politischen Departements, Bern

29. Mai 1951.



HU/ln

G e h e i m !D r i n g l i c h !

P.B. 15.11.51

M

H. A. Stelcher  
 1. VI 82  
 10. Januar 2.K.

Herr Bundesrat,

Es sind hier Gerüchte zu meinen Ohren gelangt, wonach in nicht allzu grosser Ferne schweizerischerseits direkte Beziehungen zur ostdeutschen Regierung aufgenommen würden. Ich hatte in meinem Schreiben vom 31. März d.J. an die Abteilung für Politische Angelegenheiten zu solchen Plänen negativ Stellung bezogen; da ich seither über die Angelegenheit nichts mehr vernahm, war ich überrascht, auf die erwähnten Gerüchte zu stossen. Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verbunden, wenn Sie mich über den Stand der Angelegenheit und die Tendenz der Entwicklung informieren würden.

Wie Sie verstehen werden, würde es mich beunruhigen, wenn die Aufnahme von Beziehungen zu Ostdeutschland in das entscheidende Stadium treten sollte. Wir stehen in einer Reihe von Angelegenheiten am Vorabend von Verhandlungen mit der westdeutschen Regierung. Zwei Umstände charakterisieren sie: dass es sich um sehr wichtige schweizerische Interessen handelt und dass ihre Lösung nicht ohne aktive Mitwirkung und ein hohes Mass von Verständnis seitens der Regierung der Bundesrepublik getroffen werden kann. Ich erwähne nur die wichtigsten Angelegenheiten: die Verhandlungen betreffend das Washingtoner Abkommen, die bevorstehende internationale Schuldenkonferenz, die Regelung unserer Clearingforderung. Auch unsere delikatsten Besprechungen mit Washington betreffend den Handel mit dem Osten dürften berührt werden,

Herrn Bundesrat Max P e t t i p i e r e  
 Vorsteher des Eidg. Politischen Departements,

B E R N .

wenn es zu einer Aufnahme von Beziehungen mit der ostdeutschen Regierung käme. Selbstverständlich müssen wir an unserem Grundsatz, mit den Oststaaten und mit der Ostzone Handel zu treiben, festhalten. Um in diesem Punkt durchhalten zu können, sollten wir ein neues Störungsmoment vermeiden! Uebrigens glaube ich, dass wir diesen Handelsbeziehungen ein durchaus ausreichendes Instrument zur Verfügung stellen, wenn wir eine ostdeutsche "Handels- und Interessenvertretung" bei uns empfangen und eine entsprechende schweizerische Vertretung nach Ostdeutschland entsenden. Einen solchen Schritt würde ich in Bonn gerade noch für vertretbar halten. Alles was darüber hinausgeht, könnte eine Reaktion heraufbeschwören, die den oben aufgezählten Interessen abträglich wäre. Das Gewicht unserer Interessen in Westdeutschland ist ein Vielfaches desjenigen in Ostdeutschland; bei einer solchen Interessenlage müssen wir uns hüten, gute Interessen schlechten und aussichtslosen aufzuopfern. Was die Schweizerkolonie in der Ostzone anbetrifft, so dürfte deren Situation kaum zu retten sein, selbst wenn eine regelrechte schweizerische Vertretung gegründet würde: die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Ostzone sind nun mal derart, dass sie den Schweizern *à la longue* das Ausharren nicht erlauben.

Ist eine Anknüpfung mit der Ostzone ein Gebot der Neutralität? Ganz gewiss nicht der strikten völkerrechtlichen Neutralitätspflicht! Auch nicht der Neutralitätspolitik, es sei denn, dass man deren Pflicht unnötig erweitert zu einer schematischen Gleichgewichtspolitik nach beiden Seiten das Gleiche zu tun. Auch als dauernd neutraler Staat sind wir frei und berechtigt, nach unseren schweizerischen Interessen zu handeln.

Ich möchte auch noch auf die anderen Argumente, die ich in meinem Schreiben vom 31. März anführte, hinweisen,

- 3 -

insbesondere, dass wir in dieser Angelegenheit nicht die Initiative ergreifen, sondern abwarten sollten, welche Lösungen diejenigen Staaten treffen, die sich, was ihre Stellung zwischen West und Ost anbetrifft, in ähnlicher Lage befinden wie wir: Indien, Schweden und der Vatikan.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE

*sig. Huber*